

«Die EU kann auf uns nicht verzichten»

Die Verhandlungen mit der EU stehen vor dem Ende. Die SVP-Nationalrätin und Unternehmerin Magdalena Martullo sagt, die Schweiz sitze am längeren Hebel. Den Vorschlag der EU für eine Schutzklausel bezeichnet sie im Gespräch mit Fabian Schäfer als Frechheit

Frau Martullo, darf man in der Politik lügen?

Nein, warum fragen Sie?

Sie sprechen bei den geplanten Verträgen mit der EU stets von «automatischer Rechtsübernahme». In Wahrheit muss stets das Parlament darüber entscheiden, und auch das Referendum ist möglich. Ja, wir müssen aber automatisch das jetzige und das zukünftige EU-Recht übernehmen.

Nein, es braucht jedes Mal einen separaten Entscheid, und wir können auch Nein sagen.

Ja, aber dann darf die EU Strafmassnahmen gegen die Schweiz ergreifen. Man nennt es «dynamische Übernahme», das ist gelogen. Ich bleibe dabei: Das ist eine automatische Rechtsübernahme. Sie gälte auch für alle zukünftigen Verträge mit der EU. Das muss man sich bildlich vorstellen: Mit diesem Paketvertrag müssten wir heute schon tausend Seiten Rechtstexte übernehmen. 150 Bundesbeamte sind bereits am Schreiben.

Falls wir einmal eine Rechtsänderung verweigern: Mit welchen Gegenmassnahmen der EU rechnen Sie?

Das haben wir die Unterhändler auch gefragt. Sie wissen es selbst nicht konkret, haben uns aber das Prinzip erklärt. Es ist grotesk: Wenn wir eine EU-Regelung nicht übernehmen, sieht uns die EU im Vorteil. Diesen Vorteil darf sie dann mit Strafmassnahmen kompensieren. Offenbar beurteilt also sogar die EU ihre eigene Regulierung als nachteilig.

Sie übertreiben: Die Massnahmen müssten verhältnismässig sein. Ob sie es sind, entscheidet das neue Schiedsgericht ohne Einbezug des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Ist das nicht ein Fortschritt?

Die EU berechnet mit irgendwelchen Methoden, wie gross unser Vorteil wegen der Nichtübernahme finanziell ist. Sie bestimmt dann Strafmassnahmen, die der Schweiz einen Nachteil in der gleichen Grösse bringen. Das Schiedsgericht überprüft die Berechnungen. Das versteht man unter «verhältnismässig». Das ist doch krank. Warum sollte das ein Fortschritt sein?

Heute straft die EU uns mit politischen, willkürlichen Nadelstichen. Opfer sind Hochschulen oder Firmen. Künftig wäre die Streitschlichtung juristisch geregelt. Das macht es nicht besser, im Gegenteil: Wir würden der EU offiziell erlauben, uns abzustrafen. Welches Land macht denn so etwas? Laut den Sondierungen könnte die EU frei entscheiden, in welchem Bereich sie uns massregeln will. Sie kann überall zuschlagen.

Darüber wird noch verhandelt. Sicher wäre, dass sie nicht mehr die Hochschulen bestrafen könnte. Die Massnahmen wären auf den Binnenmarkt beschränkt. Und weshalb sollte sich die EU daran halten? Schon heute hat sie kein Recht, das Abkommen über technische Handelshemmnisse einzufrieren, die Hochschulen zu diskriminieren oder Zölle auf Stahl zu erheben – und sie macht es trotzdem. Die EU ist vertragsbrüchig, und sie wird es weiterhin sein, wenn sie sich davon Vorteile verspricht.

Das ist das beste Argument für eine juristische Streitschlichtung: Heute macht die EU, was sie will, künftig könnte das Schiedsgericht sie zurückpfeifen. Das ist naiv. Es wäre schlimmer als heute, weil Vertragsverletzungen noch offiziell legitimiert wären. Die Schweiz würde sogar akzeptieren, dass immer, wenn EU-Recht betroffen wäre, der EuGH das letzte Wort hätte ...

... er würde lediglich eine Auslegung zuhänden des Schiedsgerichts abgeben ... sein Wort ist bindend. Die Befürworter behaupten jetzt, unsere Unterhändler hätten viele Ausnahmen und



«Wir sind den EU-Ländern in allen Belangen überlegen», sagt die SVP-Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Garantien ausgehandelt. Das ist nichts als Schönfärberei, diese Ausnahmen wirken nur sehr punktuell und kurzfristig. Es ist unmöglich, heute vorherzusehen, was die EU noch alles beschliesst. Wir können uns gar nicht zuverlässig schützen. Alles, was heute nicht explizit ausgeschlossen wird, wird uns morgen aufgezwungen.

Jetzt malen Sie aber schwarz.

Leider nicht. Es geht um unsere Unabhängigkeit: Heute machen wir unsere Gesetze selbst und übernehmen von der EU nur, was wir übernehmen wollen. Schauen Sie sich einmal die wahnwitzige Regulierung der EU an: Green Deal, Lieferkettengesetz, CO₂-Handel... Das sind Bürokratiemonster. Die Folgen zeigen sich immer deutlicher: Ein EU-Staat nach dem anderen stürzt in die Krise, sogar vermeintliche Anker wie Deutschland und Frankreich sind betroffen, die Industrie wandert ab, die Bevölkerung leidet. Da dürfen wir nicht mitmachen.

Wir müssen nicht alles übernehmen, die Rechtsübernahme wäre begrenzt.

Ja, aber die betroffenen Abkommen umfassen sehr wichtige Bereiche: Wirtschaft, Zuwanderung, Strassen- und Zugverkehr, Stromversorgung, Lebensmittel. Im Gegensatz zu dem, was die Befürworter sagen, wäre der Vertrag keine Fortsetzung des bilateralen Wegs, sondern dessen Ende. Bis jetzt haben wir eine Beziehung auf Augenhöhe. Damit wäre Schluss, wir würden uns der EU unterwerfen.

Konkret: Mit welchen Nachteilen rechnen Sie wegen der Rechtsübernahme? Geht es primär um die Zuwanderung?

Noch mehr Angst macht mir die Regulierung. Wir dürfen uns doch nicht an die EU ketten, da sie offensichtlich im Niedergang ist. Sonst stürzen wir mit ihr ins Verderben. Die EU ist eine Fehlkonstruktion. Ihre Politik ist gescheit-

tert, das zeigen auch die Wahlen im EU-Raum. Die Bevölkerung trägt diese abgehobene Politik nicht mehr mit. Kein Wunder, bei den hohen Abgaben, die alle bezahlen: exorbitante Energiekosten, eine hohe Teuerung, eine Mehrwertsteuer von 20 Prozent – das wollen wir in der Schweiz sicher nicht.

Die Mehrwertsteuer ist nicht Teil des Vertragspakets.

Sind Sie sicher? Die EU versucht schon lange, über das Freihandelsabkommen unsere Steuerpolitik ihrem Beihilferecht zu unterwerfen. Sie hat dieses Ziel in den Sondierungen bekräftigt. Wenn wir dieses Paket akzeptieren, werden die Druckversuche dort weitergehen.

Werden sie nicht erst richtig losgehen, wenn das Paket scheitert?

Dann sind wir frei und können uns wehren, ohne dass der EuGH mitredet. Die EU muss einsehen, dass sie uns ihr miserables Recht nicht aufzwingen kann. Wir haben weltweit 33 Freihandelsverträge mit 43 Partnern. Kein einziger davon verlangt eine Rechtsübernahme.

Wir haben aber auch nur mit der EU ein so enges Verhältnis und derart weitgehenden Marktzugang. Mit anderen haben wir im besten Fall Freihandel.

Das würde auch bei der EU genügen. Schweizer Unternehmen verkaufen auf der ganzen Welt, weil sie bessere Produkte haben und sicher nicht weil wir das gleiche Rechtssystem haben.

Ist das neue Paket besser als der 2021 gescheiterte Rahmenvertrag?

Vielleicht ist es ein bisschen weniger schlecht, weil nicht mehr alle Verträge durch eine Guillotineklausel kündbar sind. Ganz neu spricht man aber nun davon, das Paket wieder aufzuteilen. Insbesondere das Stromabkommen ist sehr umstritten. Dieses war aber der Grund, warum die Schweiz die Verhandlungen mit einem «Paketansatz» überhaupt nochmals aufnahm. Damit sind wir wieder gleich weit wie 2021.

Die Befürworter sehen Fortschritte bei der Zuwanderung, weil nun klar ist, welche Änderungen die Schweiz übernehmen müsste und welche nicht.

Das Hauptproblem bleibt: Das Unionsbürgerrecht ist dynamisch. Wer weiss, was der EU noch alles einfällt? Bereits mit dem vorliegenden Vertrag gibt es eine Ausweitung des Bleiberechts, weil wir neu allen EU-Bürgern nach fünf Jahren den Daueraufenthalt gewähren müssten. Entgegen den Behauptungen des Bundesrats ist auch nicht sichergestellt, dass es keine Einwanderung in die Sozialhilfe gäbe, weil unsere Behörden bei einer Ablehnung neu nachweisen müssten, dass EU-Zuwanderer selbstverschuldet arbeitslos sind. Das kann man sich in der Praxis ja gar nicht vorstellen.

Offenbar will die EU der Schweiz eine Schutzklausel zugestehen, die bei starker Zuwanderung temporäre Einschränkungen ermöglichen könnte. Was sagen Sie dazu?

Das ist Augenwischerei. Wir haben bereits heute bei der Personenfreizügigkeit eine solche Klausel, und die EU definiert klar, wann sie greift: zum Beispiel bei hoher Arbeitslosigkeit, Überlastung der Sozialsysteme oder wirtschaftlicher Instabilität. Alle diese Bedingungen wird die Schweiz nach Massstäben der EU niemals erfüllen. Sie kann die Klausel konkretisieren, so viel sie will: Sie wird nie angewendet. Wir wären weiterhin auf den Segen der EU angewiesen, den sie uns nie erteilen wird. Will uns die EU für dumm verkaufen? Es ist eine Frechheit, dass sie dem Schweizer Volk einen solchen Vorschlag überhaupt unterbreitet.

Sehen Sie beim Stromabkommen Vorteile?

Nein. Sollte die EU selber zu wenig Strom haben, würde sie uns auch nicht beliefern. Neu müsste die Wasserkraft

in den Dienst der gesamten EU gestellt werden. Sie will uns nicht mehr autonom über unsere Stromreserven entscheiden lassen, und wir müssten die ganze Stromversorgung auf den Kopf stellen. Jeder Einzelne müsste seinen Strom im freien europäischen Markt einkaufen.

Wieso das? Laut dem Bund wird es ein Wahlrecht zwischen Markt und Grundversorgung geben.

Wie das gehen soll, muss man mir noch erklären. Wenn die Preise tief sind, kaufen alle frei ein. Sobald die Preise steigen, soll dann der Staat einspringen.

Was passiert, wenn das ganze Paket scheitert?

Dann geht es weiter wie bisher: Wir haben ja über 280 bestehende Verträge mit der EU, die weiterlaufen. In jenen Bereichen, in welchen wir gemeinsame Interessen haben, schliessen wir neue Verträge ab. So wie wir es im Moment mit der ganzen Welt sehr erfolgreich tun.

Die EU sagt seit über zehn Jahren, dass sie genau das nicht mehr machen werde. Weshalb sollte sie davon abrücken?

Ich schliesse nicht aus, dass die EU-Bürokraten erst einmal beleidigt wären und auf stur schalten würden. Bei ihnen weiss man nie, die EU macht oft Dinge, die ihr selbst schaden. Das zeigt, wie weltfremd Brüssel geworden ist. Aber sie stehen selber wirtschaftlich und politisch unter Druck. Die EU braucht Lösungen, sie kann auf die Schweiz nicht verzichten.

Sie gehen davon aus, dass die Schweiz mit ihren 9 Millionen Einwohnern am längeren Hebel sitzt als die EU mit ihren 450 Millionen?

Klar. Schauen Sie nur unseren Wohlstand an: Löhne, Arbeitslosigkeit, Schulden, Regulierung, Innovation, Bildung – wir sind den EU-Ländern in allen Belangen überlegen. Und der Vorsprung wird immer grösser. Deshalb will die EU uns an sich binden, will Zugang zu unserer Wasserkraft und zu unserem Geld. Wir sollen über 1 Milliarde Franken an Kohäsionsbeiträgen und Programmgebühren bezahlen, nur damit wir der EU unsere hochwertigen Produkte verkaufen dürfen. Das ist ein Hohn. Abgesehen davon, dass Firmen aus der EU mehr in die Schweiz exportieren als umgekehrt.

Anteilmässig sieht es anders aus. Die Schweiz verdient mit Güterexporten in die EU 12 200 Euro pro Einwohner, die EU umgekehrt nur 270 Euro. Haben wir nicht doch mehr zu verlieren?

Nein. Erstens wird die EU weiter mit uns Handel treiben, zweitens nimmt ihr Anteil an unseren Exporten laufend ab. Die ganze Welt will mit uns Handelsabkommen abschliessen. Ich bin zuversichtlich, dass wir unter Donald Trump auch ein Freihandelsabkommen mit den USA abschliessen können. Er will beweisen, dass er nicht nur Protektionismus anstrebt. Die Schweiz als erfolgreiches, innovatives und neutrales Land ist weltweit eine gefragte Partnerin.

Ihre Zuversicht in Ehren, aber auf absehbare Zeit ist die EU mit der Hälfte der Exporte der wichtigste Markt. Wie geht es hier weiter? Was ist Ihr Plan B? Vorderhand wird wenig passieren. Die geltenden Verträge laufen weiter, sie werden nicht so schnell erodieren, wie unsere Gegner befürchten. Die EU wird sie nicht kündigen. Die Schweizer Wirtschaft ist stark genug, um Unsicherheiten auszuhalten.

Die Schweiz ist auch ausserhalb der Wirtschaft an enger Zusammenarbeit interessiert: Strom, Forschung, Gesundheit... Die EU macht solche Kooperationen abhängig von einer Einigung. Wie geht es hier weiter?

Da mache ich mir keine Sorgen, diese Zusammenarbeit ist für die EU wichtiger als für uns. Sie wird bald zurückfinden zur Realpolitik.